



Resolution

Cannabislegalisierung: Präventionsangebot stärken! Psychotherapeutische Behandlungsangebote ausbauen!

Beschluss der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen vom 16. März 2024

Cannabis ist die meistkonsumierte bisher illegale Droge in Deutschland und der Gebrauch nimmt weiterhin stark zu. Eine vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in Auftrag gegebene Studie (CaPRiS; Cannabis: Potential und Risiken) zeigt, dass das Abhängigkeitspotenzial des Konsums für Jugendliche besonders hoch ist und zu einer Abhängigkeitserkrankung führen kann. Dauerhafter Cannabiskonsum birgt erhebliche körperliche, psychische und soziale Risiken. Es gibt Hinweise aus der klinischen Forschung, dass es ungünstige Einflüsse auf Lern- und Erinnerungsleistungen, Aufmerksamkeit, Problemlösen, Denkleistung und Intelligenz geben kann. Der Zusammenhang zwischen langjährigem und intensivem Cannabiskonsum und psychischen Störungen ist gut belegt. Bei vulnerablen Personen besteht ein dosisabhängiger Zusammenhang mit depressiven Störungen, Suizidalität, bipolaren Störungen, Angsterkrankungen sowie zusätzlichem Missbrauch von Alkohol und anderen illegalen Drogen. Cannabiskonsum kann Psychosen auslösen und den Verlauf schizophrener Psychosen deutlich verschlechtern. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht regelmäßiger Konsum einher mit häufigerem Schulabbruch und ungünstigeren Bildungsverläufen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen, Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und Behandlungsoptionen für bereits missbräuchlich konsumierende oder abhängige Betroffene zu verstärken und auszuweiten.

Die Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen erwartet von der Landesregierung Hessen:

- Bereitstellung zusätzlicher Mittel für breite Aufklärungsmaßnahmen, Prävention und Früherkennung sowie Frühintervention und Beratung
- Einstieg in die finanzielle Förderung von kommunalen Beratungsstellen zur Drogenberatung und zur Erziehungsberatung (Beratungsstellen für Eltern, Kinder, Jugendliche und Familien)
- Schaffung zusätzlicher ambulanter und stationärer Behandlungsangebote für die Behandlung von Cannabismissbrauch und -abhängigkeit
- Bereitstellung finanzieller Mittel für die Ausweitung von Therapieforschung zu cannabisbezogenen Störungen
- Begleitung und umfassende Evaluation der Legalisierung zur Entwicklung des Konsumverhaltens, den gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen

Die Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen fordert die hessische Landesregierung dringend dazu auf, konkrete und strukturierte Maßnahmen zur Prävention und zur Behandlung cannabisbezogener Störungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen einzuführen.